

# **12 ENERGIEPOLITIK**

## **12.1 KLIMASCHUTZPOLITIK: IRRWEG BEENDEN, UMWELT SCHÜTZEN**

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untauglichen Computer-Modellen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Der IPCC versucht nachzuweisen, dass die Menschen gemachten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu einer globalen Erwärmung mit schwerwiegenden Folgen für die Menschheit führen. Hierzu beruft man sich auf Computermodelle, deren Aussagen durch Messungen oder Beobachtungen nicht bestätigt werden. Solange die Erde eine Atmosphäre hat, gibt es Kalt- und Warmzeiten. Wir leben heute in einer Warmzeit mit Temperaturen ähnlich der mittelalterlichen und der römischen Warmzeit. Die IPCC-Computermodelle können diese Klimaänderungen nicht erklären.

Im 20. Jahrhundert stieg die globale Mitteltemperatur um etwa 0,8 Grad. Seit über 18 Jahren gibt es jedoch im Widerspruch zu den IPCC-Prognosen keinen Anstieg, obwohl in diesem Zeitraum die CO<sub>2</sub>-Emission stärker denn je gestiegen ist.

IPCC und deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO<sub>2</sub> auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO<sub>2</sub>-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird. Die hierzu geplante zwangsweise Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 85 Prozent würde den Wirtschaftsstandort schwächen und den Lebensstandard senken. Auf dem Weg dorthin wird auch unsere bisher sichere Stromversorgung destabilisiert und weiter verteuert, außerdem soll die Wärmeerzeugung durch fossile Energieträger praktisch auf Null gebracht werden.

Die AfD sagt daher Ja zum Umweltschutz, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“ und mit den Plänen zur Dekarbonisierung und „Transformation der Gesellschaft“. Die Wahrnehmung des CO<sub>2</sub> nur als Schadstoff werden wir beenden und alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterlassen. CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir nicht finanziell belasten. Klimaschutz-Organisationen werden nicht mehr unterstützt.

## 1   **12.2 DAS ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ IST NICHT RE- 2    FORMIERBAR**

3   Jede erfolgreiche Energiepolitik muss drei Ziele verfolgen. Die Stromerzeugung muss sicher,  
4   kostengünstig und umweltverträglich sein. Dieser Dreiklang war im deutschen Energieversor-  
5   gungs-System immer gegeben, wurde aber mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf-  
6   gegeben.

7   Das EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung. Sie treiben technisch bedingt  
8   den Strompreis hoch. Windenergieanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften und  
9   sind für Vögel eine tödliche Gefahr.

10   Der von Wind und Sonne erzeugte Strom schwankt beständig zwischen Null und voller Leis-  
11   tung. Die installierte Leistung dieser volatilen Stromerzeuger beträgt bereits mehr als 80 Gi-  
12   gawatt und müsste daher ausreichen, Deutschland selbst bei maximalem Verbrauch vollstän-  
13   dig mit Strom zu versorgen. Real aber haben diese „EE-Anlagen“ 2014 im Durchschnitt nur  
14   knapp 15 Prozent ihrer Nennleistung geliefert, an 90 Tagen im Jahr sogar weniger als fünf  
15   Prozent. Deshalb können diese Anlagen kein einziges herkömmliches Großkraftwerk ersetzen.  
16   Außerdem erzwingen sie einen massiven Ausbau der Leitungsnetze, der zu weiteren erhebli-  
17   chen Kosten führt. Die steigende Zahl der volatilen Stromerzeuger gefährdet zunehmend die  
18   Netzstabilität. Entsprechend hoch ist die Zahl der stabilisierenden Netzeingriffe gestiegen, die  
19   nötig wurden, Stromausfälle bis hin zum Totalausfall zu vermeiden.

20   Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Be-  
21   gründet mit dem „Klimaschutz“ werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv subven-  
22   tioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorrangsbelebung und  
23   zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung. Die Kosten dieser Subventionierung von  
24   mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher ab-  
25   gewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt. Ein Ende die-  
26   ses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von  
27   Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewin-  
28   nern.

29   Trotz der immer höheren Zahl an EE-Anlagen ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 2000 wegen des abrup-  
30   ten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in Wäldern,  
31   verwandeln sich durch EE-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen Auswirkungen  
32   auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem Ausbau der Hoch-  
33   spannungsnetze. Das Errichten weiterer EE-Anlagen stößt an Grenzen.

34   Flächendeckender Starkwind an wolkenlosen Tagen führt schon jetzt zu nicht nutzbarem  
35   Stromüberschuss. Gegenteilige Wetterlagen führen zu elektrischer Unterversorgung, die sich  
36   nur durch konventionelle Erzeugung ausgleichen lässt. Überschussstrom zu nutzen, wäre nur  
37   mit großen Stromspeichern möglich. Aber die gibt es nicht. Es gilt der Satz: „Ohne große

1 Stromspeicher ist die Energiewende nicht möglich, mit großen Stromspeichern ist sie nicht  
2 bezahlbar.“

3 Es liegen in der Zwischenzeit valide Rechtsgutachten vor, die das EEG als verfassungs- und  
4 europarechtswidrig einstufen. Es wird u.a. aufgezeigt, dass die EEG-Umlage zu Unrecht von  
5 dem Stromkunden erhoben wird. Das einzige zulässige Finanzierungsinstrument sei die  
6 Steuer. Das EEG enthalte auch keine Verpflichtung der Letztverbraucher, die EEG-Umlage zu  
7 zahlen.

8 Die AfD tritt daher dafür ein, das EEG ersatzlos abzuschaffen. Es darf kein Tabu sein, den Um-  
9 fang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen. Die AfD will  
10 einzelne Energieträger politisch weder bevorzugen noch benachteiligen. Wir wollen die Vor-  
11 rangeinspeisung von Strom generell abschaffen. Quoten-/Auktionsmodelle, um mit ihnen  
12 staatlich-planwirtschaftliche Ziele in der Energiepolitik durchzusetzen, lehnen wir ab. Netz-  
13 kosten sind auf alle Stromerzeuger verursachungsgerecht umzulegen. Die Stromsteuer wollen  
14 wir streichen und so die Stromkunden sofort entlasten. Unser Ziel ist es, das deutsche Strom-  
15 versorgungssystem wieder auf jenen Stand der Technik zu bringen, der eine sichere, kosten-  
16 günstige und umweltverträgliche Stromversorgung sicherstellt. Die AfD wird sich dafür ein-  
17 setzen, dass das als verfassungs- und europarechtswidrig eingestufte EEG vom Bundesverfas-  
18 sungsgericht geprüft wird.

## 19 **12.3 ZUM SCHUTZ VON MIETERN UND EIGENTÜMERN: ENER- 20 GIESPARVERORDNUNG UND ERNEUERBARE-ENERGIEN- 21 WÄRME-GESETZ ABSCHAFFEN**

22 Durch Verbrennen von Erdgas, Öl und Kohle werden etwa 80 Prozent der global verbrauchten  
23 Primärenergie und jenes CO<sub>2</sub> erzeugt, das für den menschgemachten Klimawandel verant-  
24 wortlich sein soll. Ein Großteil davon wird für das Erzeugen von Wärme und Kälte in Gebäu-  
25 den eingesetzt. Da die Dekarbonisierung bis 2050 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mehr als 85 Prozent  
26 verringern soll, sind die Gebäude nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) entsprechend  
27 stark zu dämmen. Die erforderliche Restwärme ist gemäß Erneuerbare-Energien-Wärme-  
28 Gesetz (EEWärmeG) weitestgehend durch „Erneuerbare“ Energien (EE) zu erzeugen.

29 Wie bei EEG und Energiewende reden Regierung und Profiteure die erforderlichen Kosten  
30 zum Umsetzen dieser Maßnahmen klein oder verschweigen sie. Die Kosten liegen auch in die-  
31 sem Fall bei mehr als 3.000 Milliarden Euro. Tragen müssen sie die Gebäude-Eigner und Mie-  
32 ter. Wie von Fachleuten nachgewiesen, werden die erhofften Wirkungen nur bei wenigen Ge-  
33 bäude-Konstruktionen mit schlechter Wärmedämmung erreicht. Daneben verursacht das  
34 Dämmen an den Gebäuden häufig massive Schäden, als Folge z.B. von mangelhaftem Luftaus-  
35 tausch, aber auch von Durchfeuchtung, Algen- und Pilzbefall der Außenwände. Historische  
36 und denkmalgeschützte Fassaden werden zerstört. Zudem erhöhen Styropor-  
37 Dämmmaterialien die Brandgefahr.

1 Ein messbar geringerer Energieverbrauch wird hingegen nur selten erreicht. Oft tritt das Ge-  
2 genteil ein, da die Dämmmaterialien das Eindringen der durch die Sonne erzeugten Wärme  
3 verhindern. Für die Erzeugung von Wärme und Kälte sind die EE gegenüber der Energie aus  
4 fossilen und Kernbrennstoffen auch langfristig nicht wettbewerbsfähig. Die seit Jahren immer  
5 wieder beschworenen Verknappungs-Szenarien sind stillschweigend aufgegeben worden.  
6 Hightech-Wärme- und Kälteanlagen - z.B. unter Nutzung der Brennwert-Technik und der  
7 Kraft-Wärme-Kopplung – lassen für EE nur einen geringen Spielraum. Hierzu zählt die Nut-  
8 zung von Erd- und Luftwärme mittels Wärmepumpen oder Solarthermie.

9 Daher setzt sich die AfD dafür ein, die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos zu kassieren. Die  
10 staatliche Bevormundung der Besitzer von Gebäuden, der Wohneigentümer und Mieter für  
11 Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden ist zu  
12 beenden. Die überzogenen Standards von EnEV und EEWärmeG dürfen nicht länger für einen  
13 rasanten – sei es für einen gerechtfertigten oder willkürlichen – Anstieg der Baukosten und  
14 für Luxus-Sanierungen dienen. Die Mieten müssen auch für Bürger mit mittleren und geringen  
15 Einkommen bezahlbar bleiben.

## 16 **12.4 BIOENERGIE: SUBVENTIONEN BEENDEN, VORRANGEIN- 17 SPEISUNG EINSTELLEN**

18 Die „Erneuerbaren“ Energien lieferten 2014 etwa 11 Prozent der in Deutschland verbrauchten  
19 Primärenergie. Gut 7 Prozent oder zwei Drittel wurden aus Biomasse gewonnen. Das teilt sich  
20 auf zu je 3,3 Prozent in die Wärme- und die Stromerzeugung und zu 0,8 Prozent in die Herstel-  
21 lung von Biotreibstoffen.

22 Die Wärmeenergie aus Biomasse wird sowohl zu Heizzwecken als auch für Prozesse in der  
23 Industrie eingesetzt. Der Strom aus Biomasse wird über das EEG massiv subventioniert. Die  
24 Stromgestehungskosten über Biogasanlagen sind mit bis zu 215 Euro je Megawattstunde am  
25 höchsten. Der Betrieb solcher Anlagen im ländlichen Raum belastet häufig die Umwelt. Bio-  
26 treibstoffe werden in großtechnischen Anlagen produziert und über ein Quotensystem indi-  
27 rekt subventioniert. Die Zwangsbeimischung erhöhte den Preis von Diesel und Benzin 2014  
28 um etwa 0,4 Cent je Liter. Wegen des geringen Wirkungsgrades der Photosynthese von weni-  
29 ger als 1 Prozent ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche für Bioenergie unange-  
30 messen groß. Sie steht damit in Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Dagegen ist  
31 es sinnvoll, für das Gewinnen von Bioenergie biologische Abfälle zu verwerten.

32 Daher setzt sich die AfD dafür ein, die Subventionierung und Vorrangsbelebung des Stroms  
33 aus Biogasanlagen durch Abschaffen des EEG zu beenden. Die Subventionierung der Biokraft-  
34 stoffe durch das Quotensystem ist einzustellen.

## 35 **12.5 FRACKING: RISIKEN UND CHANCEN ERFORSCHEN, NICHT 36 OHNE BÜRGERBETEILIGUNG**

1 Fracking kann ebenso Risiko sein wie auch die Energiebasis der Erde beträchtlich erweitern.  
2 Es könnte, wenn erforscht und sicher, Streit und kriegerische Auseinandersetzungen um Erdöl  
3 und -gas verringern. Daher setzt sich die AfD dafür ein, das im April 2015 in den Bundestag  
4 eingebrachte restriktive „Fracking-Gesetz“ zurückzuziehen. Wir wollen die Technik, Vorteile  
5 und Risiken des Fracking nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen  
6 erforschen. So die Risiken beherrschbar sind, wollen wir Fracking entwickeln und mög-  
7 liche Standorte erkunden lassen. Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des Fra-  
8 cking im Vergleich zu den realen Risiken ist die Bevölkerung sachlich zu informieren. Den Ein-  
9 satz des Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung an neuen Standorten lehnt die AfD ab, so-  
10 lange die Energieversorgung Deutschlands gesichert ist. Letztendlich gehört die Entscheidung  
11 über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten in die Hand der betroffenen  
12 Bürger durch demokratische Entscheidung vor Ort.

## 13 **12.6 KERNENERGIE: ALTERNATIVEN ERFORSCHEN. BIS DAHIN 14 LAUFZEITVERLÄNGERUNG**

15 Die Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begrün-  
16 det und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nach-  
17 frage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in  
18 Betrieb befindlichen weltweit sichersten Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten. Das  
19 Risiko eines Totalausfalls oder der Import von Strom aus unsichereren ausländischen Kern-  
20 kraftwerken ist weder für den Wirtschaftsstandort Deutschland noch zur Reduzierung der  
21 Risiken durch die Kernkraft eine Alternative.

22 Es ist falsch zu versuchen, radioaktive Reststoffe zentral und für die Ewigkeit zu entsorgen.  
23 Stattdessen sollten diese zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert wer-  
24 den, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit technischem Fortschritt aufbereitet weiter  
25 verwenden zu können.

26 Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu verstehen, warum kein anderer Staat von vergleichbarem  
27 wirtschaftlichem Gewicht dem deutschen Beispiel folgt. Wir wollen erlauben, die Forschung  
28 zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wieder aufzunehmen bzw. fortzuset-  
29 zen. Die Forschung zur ressourcen-schonenden Verwertung der Reststoffe aus der Kernkraft-  
30 nutzung wollen wir erlauben. Alle übrigen Energieformen sind weiter mit Nachdruck zu erfor-  
31 schen.